läufig die Grundpfeiler zu zerstören, auf denen eine soziale Demokratie errichtet werden könnte, darauf läuft die Notstandsgesetzgebung hinaus, auch wenn ihre Anwendung verbal auf sogenannte Spannungszeiten beschränkt wird. Dem setzen wir unser bedingungsloses Nein entgegen. Und wir fordern auch den bedingungslosen Verzicht auf alle Versuche, solche Gesetze aus hausväterlicher Vorsorge für die äußere Sicherheit der Bundesrepublik zu begründen. Wer die völkerbundsfeindliche deutsche Tradition der Zerstörer von Genf und Weimar nicht überwindet, wer im dritten Monat des von den Vereinten Nationen proklamierten Jahres der Menschenrechte, für deren Wahrung in der ganzen Welt wir mitverantwortlich sind (was auch ein Meistersingerthema erster Ordnung wäre), zum Thema der Menschenrechte noch immer nichts beizusteuern weiß, es sei denn die abgestandenen Weisheiten des Kalten Krieges, der kann kein Recht darauf haben, die Nation mit Notstandsgesetzen in einen Mobilmachungszustand hineinzupeitschen — von der Unglaubwürdigkeit ganz zu schweigen.

Rainer Rilling

Zur antigewerkschaftlichen Ideologie der NPD

„Wir wissen, was wir wollen, aber wir sagen es nicht."

(NPD-Vorsitzender von Thadden)

„Was diese Partei will, ist so klar, daß es jeder versteht."

(Ex-NPD-Vorsitzender Thielen)

I

Mißt man die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik an einem inhaltlich bestimmten Begriff von Demokratie, gerät die Entwicklung einiger politischer Strömungen in den letzten zwei Jahren in ein neues Licht. Denn mit diesem inhaltlichen Begriff von Demokratie, der etwa als zunehmender Anteil der Bevölkerung an den Entscheidungen über ihre jeweils besonderen, eigenen wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Interessen zu umschreiben wäre, scheint erst heute auf einigen Gebieten — wie in den Universitäten — Ernst gemacht zu werden. Auf anderen Gebieten — Wirtschaft, Verwaltung, Massenmedien — verläuft die Entwicklung umgekehrt; hier ist der Prozeß der Demokratisierung schon früh zum Stehen gekommen. Die radikale und grundsätzliche Umgestaltung der gesellschaftlichen und politischen Herrschaftsverhältnisse, die unmittelbar nach 1945 durchaus noch im Bereich des Möglichen lag,

war spätestens nach den ersten Erfolgen der christdemokratischen Wirtschaftspolitik illusionär geworden. Die Eingliederung des westlichen Teils Deutschlands in den antikommunistischen westlichen Block, die Spaltung Deutschlands, die Wiederherstellung privatkapitalistischer Eigentums- und Verfügungsverhältnisse sowie die gleichzeitige Verhinderung von Sozialisierung, Mitbestimmung und Planwirtschaft, wie sie z. B. noch im Münchner Programm des DGB gefordert wurden, legten den Grundstein für eine Entwicklung, die nach Johann Agnoli „in letzter Instanz auf eine Demokratie ohne Demos" [1]) hinauslief. Deutlichstes Kennzeichen dieser Entwicklung war die allmähliche Ausschaltung der politischen Linken — entweder durch Verbot oder Anpassung — und die Entstehung einer alles überwölbenden Gemeinschaftsideologie, die unter dem Vorwand vorgeblicher äußerer nationaler Bedrohung auf die Eindämmung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Konflikte im Inneren abzielte. Bereits diese für europäische Verhältnisse (ausgenommen die faschistischen Regime in Spanien, Portugal und Griechenland) beispiellos erfolgreiche Ausschaltung politischer und gesellschaftlicher Kräfte, die ein dynamisches Forttreiben des Demokratisierungsprozesses anstrebten, weiter aber auch die staatlich geförderte, unkontrollierte Zusammenballung wirtschaftlicher und politischer Macht, der nahezu ungebrochene Fortbestand des antidemokratischen Beamten- und Richterstandes, die zunehmende Verflechtung und Zusammenarbeit der Unternehmens- und Ministerialbürokratie außerhalb der Kontrolle der Öffentlichkeit, die mit am wesentlichsten die vielbeklagte Entwertung des Parlamentarismus bewirkte, und schließlich das Wiederaufleben autoritärer Wertvorstellungen wie „Ruhe", „Ordnung", „Disziplin", „Gehorsam" — dies alles macht die Selbstverständlichkeit, mit der „die regierende Rechte" [2]) daran geht, nach der „Demos" nun auch noch die „Demokratie" abzuschaffen, verständlich. Notstandsgesetzgebung, Mehrheitswahlrecht, Große Koalition, Unterordnung der Gewerkschaften unter die „Konzertierte Aktion", staatlich rechtfertigtes Vorgehen gegen protestierende Minderheiten wie Studenten oder Schüler oder planmäßige Verteufelung politisch Andersdenkender durch die Presse kennzeichnen die ersten Schritte in diese Richtung, von der die Regierung der Großen Koalition auf einigen tausend Werbeplakaten meinte, daß sie stimme.

Diesen Kurs einzuschlagen, fiel um so leichter, als ausgesprochen rechtsextreme und neofaschistische Bewegungen beizeiten aus dem politischen Kräftespiel ausgeschaltet wurden oder im Schatten der Restauration über eine triste Kümmerexistenz nie hinauskamen. Zwar erreichte die „Deutsche Rechts-Partei" als erste organisatorische Sammlung alter und neuer Nationalsozialisten bei den Bundestagswahlen 1949 immerhin 5 Bundestagsmandate, zwar kam die „Sozialistische Reichspartei" 1951 in den niedersächsischen Landtagswahlen auf 11 Prozent, doch die beginnende Konjunktur und das staatlich geförderte Aufblühen des Antikommunismus verringerte die Chancen des organisierten Rechtsextremismus beträchtlich. Das Schicksal der Nachfolgeorganisation der im Oktober 1952 verbotenen SRP, der „Deutschen Reichspartei" (DRP), zeigt dies am deutlichsten: bei den Bundestagswahlen 1961 — also auf dem Höhepunkt der Konjunktur — waren ihr ganze 0,8 Prozent der Stimmen beschieden. Als sich am 4. Dezember 1965 die DRP mit satzungsgemäßer Dreiviertel-Mehrheit auflöste, „um sich selber nicht länger im Wege zu stehen" [3]), war der größte Teil ihrer Mitglieder bereits in der NPD organisiert. In dieser organisierten sich im Zeichen einer gescheiterten Außenpolitik und beginnender Wirtschaftsrezession die legitimen Kinder der

---

1) Johannes Agnoli/Peter Brückner, Die Transformation der Demokratie, Berlin 1967, S. 44.
2) Werner Hofmann in der „Frankfurter Rundschau" v. 3. 1. 1967.
3) Der Spiegel 51/1965.

bundesrepublikanischen Ordnung und Ideologie: legitim besonders deshalb, weil fast jede ihrer Forderungen die regierende Rechte beim Wort nimmt. Es gibt kaum einen Programmpunkt der NPD, dessen direkte oder indirekte Verwandtschaft mit der herrschenden Politik nicht aufzudecken wäre. Die These, daß die nahezu reibungslose Einordnung ehemaliger Nationalsozialisten in die Führungsgruppen der westdeutschen Gesellschaft beweise, daß eben diese westdeutsche Gesellschaft ihren Interessen gemäß ist, wird durch die Parallelität zwischen ihren und den Vorstellungen der NPD erneut bewiesen. So macht es die NPD diesen natürlich schwer; sie ist verräterisch, sie deckt auf, was jahrelang verschleiert war: die möglichen Konsequenzen der bundesrepublikanischen Gesellschaftsordnung.

II

Man sollte meinen, daß die Reaktion der Öffentlichkeit auf den nunmehr gut zwei Jahre andauernden „Aufstand der Mündigen" [4]), die sich durch die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands" vertreten fühlen, zumindest in den Grundzügen einigermaßen einheitlich wäre. Betrachtet man jedoch etwa die Äußerungen und Stellungnahmen der drei Bundestagsparteien etwas näher, so treten hinter dem geräuschvollen Lärmen über den Radikalismus von links und rechts deutliche Unterschiede hervor. Die CDU/CSU läßt bislang eine entschiedene Verurteilung des Rechtsextremismus völlig vermissen; von diesem beim Wort genommen, scheint sie sich immer mehr mit einer Annäherung an nationalistisches Gemeinschaftsdenken zu befreunden. Die Freien Demokraten, als liberale Partei ohnehin am unmittelbarsten durch die NPD gefährdet, sind in sich uneins: während sich der liberal-demokratische Flügel — und hier wiederum besonders die Jungdemokraten — eindeutig gegen die NPD stellte, versucht der national-konservative Parteiflügel, die an die NPD verlorengegangenen „nationalen" Wähler durch noch radikaleres nationalistisches Gebaren zurückzugewinnen. Bezeichnendstes Beispiel dafür war der Antrag der hessischen FDP-Fraktion bei der konstituierenden Sitzung des hessischen Landesparlaments, rechts von der NPD Platz nehmen zu dürfen, da es rechts von der FDP nichts mehr geben könne (so der Fraktionsvorsitzende Rodemer bereits im Wahlkampf). Als einzige der Bundestagsparteien nahm die SPD nach den ersten Wahlerfolgen der NPD eine entschiedene Haltung ein. Gleichwohl redet sie inzwischen ebenfalls der verharmlosenden Leerformel, man solle die NPD nicht „überbewerten", das Wort und hat sich offensichtlich mit der NPD als „einem die Demokratie in Deutschland mittragender Faktor" [5]) abgefunden.

Das Verhalten der großen gesellschaftlichen Organisationen bietet ein ähnlich zwiespältiges Bild. Die Vertriebenenorganisationen, die verschiedenen Mittelstandsverbände und der Deutsche Bauernverband machen kein Hehl daraus, daß sie sich zumindest von einem Teil der politischen und ideologischen Vorstellungen der NPD angezogen fühlen [6]); die Unternehmer haben den Rahmen offizieller Reserviertheit bereits mehrfach durchbrochen [7]), und manche katholische Kleriker konnten ihre Sympathien nur mühsam verbergen. Es sieht so aus, als seien die deutschen Gewerkschaften als einzige bedeutende Organisation nicht willens, sich mit der Parlamentswürdigkeit der NPD abzufinden. Schon am 10. Mai 1966 erklärte der DGB-Bundeskongreß in Berlin, „daß die Zugehörigkeit zur NPD un-

4) Fritz Thielen auf dem 2. NPD-Parteitag in Karlsruhe am 18./19. Juni 1966.
5) Adolph von Thadden auf dem 3. NPD-Parteitag in Hannover im November 1967.
6) Vgl. R. Kühnl, G. Ahrweiler u. a., Die NPD, Struktur, Programm und Ideologie einer neofaschistischen Partei. Berlin 1967, S. 63 ff. und 189 f.
7) Vgl. Kühnl, NPD, S. 191 f.

vereinbar ist mit der Mitgliedschaft bei den im DGB zusammengeschlossenen Industriegewerkschaften und Gewerkschaften". Dieser eindeutige Beschluß wurde ergänzt durch politische Aufklärungsarbeit, breite Protestdemonstrationen und schließlich durch die entschiedene Forderung, die NPD zu verbieten, um „dem dabei sichtbar gewordenen Wiederaufleben militaristischen, nationalistischen und antidemokratischen Gedankenguts" [8]) entgegenzuwirken. Doch die tatsächliche Rolle der NPD innerhalb des etablierten Parteiensystems hat inzwischen zu sehr an Kontur gewonnen, um dieser Forderung allzuhohe Erfolgschancen einräumen zu können: als Alibi, Instrument und Katalysator einer ohnehin rechten Politik haben sich die Nationaldemokraten schon längst ihren rechten Platz an der bundesdeutschen Sonne gesichert.

III

Freilich war es nicht nur die entschiedene Front der Gewerkschaften, die sich zum bevorzugten Objekt nationaldemokratischer Polemik machte. Die anti-gewerkschaftliche Stoßrichtung der Ideologie der NPD, wie sie in zahlreichen parteioffiziellen Verlautbarungen zu Tage tritt, wird erst im Zusammenhang mit der Sozialstruktur der NPD-Anhänger und deren wirtschaftlicher Situation voll erklärbar.

Die Anhänger der NPD [9]) rekrutieren sich weiterhin vorwiegend aus den ökonomischen Zwischenschichten, also aus dem „alten Mittelstand" (Gewerbetreibende, Händler etc.), der durch wirtschaftliche Unabhängigkeit und juristische Selbständigkeit gekennzeichnet ist; und weiter aus dem „neuen Mittelstand" (kleine Angestellte, Beamte etc.), der durch wirtschaftliche Abhängigkeit und juristische Unselbständigkeit definiert ist. Diese unterschiedliche wirtschaftliche Lage zeigt, daß es „den Mittelstand" — ohnehin ein wenig genauer Begriff — als eine Einheit zwar in der subjektiven Selbsteinschätzung, nicht aber in der objektiven gesellschaftlichen Wirklichkeit gibt. Die Gemeinsamkeiten des „Mittelstandes" sind ideologischer Natur. „Das einzig bindende Element ... ergibt sich gerade aus der Antithese seiner Existenz: Er will Mittelstand sein." [10]) Die Mitglieder der ökonomischen Zwischenschichten spüren, daß sie im Zeitalter wirtschaftlicher Konzentration [11]) ihren früheren sozialen Status allmählich verlieren; in einer klassengespaltenen Herrschaftsgesellschaft fühlen sie sich von zwei Seiten bedroht: vom Großkapital, das die unproduktiven Kleinbetriebe des „alten Mittelstands" zu ruinieren oder in völlige wirtschaftliche Abhängigkeit zu bringen droht [12]), und von der organisierten Arbeiterschaft, die die Unterschiede im Arbeits- und Lebenshaltungsniveau und damit auch im Sozialprestige gegenüber dem „Mittelstand" abbauen will und auch schon tendenziell abgebaut hat.[13]) So gerät die subjektive Selbsteinschätzung des „Mittelstands" — nämlich die „ge-

---

8) So ein Appell des DGB an die Bundestagsfraktionen, die Bundesregierung, den Bundesrat und alle Landesregierungen (zit. nach: FAZ, 17. 1. 1967).

9) Vgl. Jahresbericht des Innenministeriums über die Entwicklung des Rechtsradikalismus im Jahre 1967; D. Thelen, Die Wähler der NPD, in: Fetscher, Grebing u. a., Rechtsradikalismus, Frankfurt 1967, S. 159 ff.; Kühnl, NPD, S. 49 ff.

10) E. Grünberg, Der Mittelstand in der kapitalistischen Gesellschaft, Leipzig 1932, S. 163 f.

11) Nach dem „Bericht über das Ergebnis einer Untersuchung der Konzentration in der Wirtschaft", Deutscher Bundestag, 4. Wahlperiode, Drucksache IV/2320, besitzen die 100 größten Industrieunternehmen 1960 einen Anteil am gesamten industriellen Umsatz von 38,8 v. H. gegenüber 33,6 v. H. im Jahre 1954. Die 50 größten Unternehmen haben ihren Anteil von 17,7 v. H. (1954) auf 22,8 v. H. im Jahre 1960 erhöhen können. Dieser Konzentration entspricht die steigende Anzahl der Abhängigen: ihr relativer Anteil an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen stieg zwischen 1950 und 1964 von rund 68 v. H. auf über 80 v. H. Die Zahl der Selbständigen ging im gleichen Zeitraum sowohl absolut wie relativ zurück. Vgl. Karl-Heinz Stanzick, Der ökonomische Konzentrationsprozeß, in: Der CDU-Staat, hrsg. v. G. Schäfer/C. Nedelmann, München 1967, S. 23 f.

12) Herausragendes Beispiel sind die ständig gefährdeten Zuliefererbetriebe, deren Anzahl beständig steigt; so besitzen die Firmen Siemens 30 000, Krupp 23 000 und Daimler-Benz 17 000 Zulieferer.

13) Zwar zeigen Untersuchungen z. B. von Richard Hamilton, daß zwischen Angestellten und Arbeitern weiterhin große Unterschiede im Einkommens- und Lebenshaltungsniveau bestehen; die fortschreitende Automation bringt jedoch eine allmähliche Angleichung der Arbeitsweise selbst mit sich.

sunde, organische, einheitliche Mitte" der Gesellschaft zu sein — mit seiner objektiven Lage — die durch tatsächliche wirtschaftliche Abhängigkeit gekennzeichnet ist — immer mehr in Widerspruch. In Zeiten wirtschaftlicher Krise oder Rezession gewinnt dieser Widerspruch reale politische Potenz: das irreale Schutzbedürfnis gegen „oben" und „unten" des bedrohten Mittelstands artikuliert sich in faschistischer Ideologie. Freilich — das Reservoir der NPD-Wähler bilden auch die „Fußkranken der Entnazifizierung, (die) aus ihren Schlupflöchern blinzelnd ans Tageslicht" [14]) kriechen; und die letzte Entwicklung zeigt, wie erfolgreich der demokratische Gestus der NPD auch auf andere Wählerschichten wirkt. Gleichwohl versteht sich die NPD weiterhin vorwiegend als Sprachrohr des mittelständischen Schutzbedürfnisses und kämpft damit zugleich gegen die Oberklassen und gegen die organisierte Arbeiterschaft, d. h. ideologisch gesprochen: zugleich gegen Kapitalismus und Sozialismus: „Ebenso, wie wir rückhaltlose Gegner des Marxismus und Kommunismus sind, lehnen wir aber auch die Wiederbelebungsversuche des Kapitalismus vergangener Zeiten ab. Die moderne Gesellschaft im Spannungsfeld zwischen der kommunistischen und kapitalistischen Welt braucht eine andere Ordnung, eine Synthese." [15]) Ihr politischer Kampf gilt allen „Doktrinen kapitalistischer, liberalistischer und marxistischer Prägung" [16]). Aus der Schwäche und Uneinigkeit des Mittelstandes und der Interessenlage des kleinen, nationalen Kapitals wird der Charakter dieser „Synthese" unmittelbar einsichtig: gesucht wird eine Position „über" den Klassen, die Identifikation mit dem „Ganzen", der „Volksgemeinschaft", der „Nation", dem „starken Staat", dem „Gemeinwohl", „kraft derer (man) an der Macht und Herrlichkeit der riesigen Kollektive Anteil zu gewinnen wähnt" [17]), kraft derer man die Gegner von „oben" und „unten" zu bezwingen sucht. Der starke Staat, die Beschwörung eines nicht vorhandenen Gemeinwohls etc. sollen als Vehikel zur Absicherung des bedrohten sozialen Status des Mittelstandes herhalten — natürlich auf Kosten der übrigen gesellschaftlichen Gruppen. Autoritäre — wenn möglich und notwendig, auch unverhüllt terroristische — Methoden sollen die Einordnung der verschiedenen gesellschaftlichen Interessen und die gewaltsame Auflösung des gesellschaftlichen Widerspruchs besorgen. Daß ein solches Konzept die Unterdrückung jeder selbständigen kritischen Regung im politischen und sozialen Bereich, das Verbot oder zumindest die Gleichschaltung freier Verbände und Parteien und die Ausschaltung jeder Opposition bedeutet, liegt auf der Hand.

IV

Daß eine solche Konzeption in der gesellschaftlichen Wirklichkeit vor allem die sozialen Unterklassen treffen muß, ergibt sich bereits daraus, daß diese auf Grund der Herrschaftsverhältnisse auf die Organisierung ihrer Kräfte und die öffentliche Vertretung ihrer Interessen notwendig angewiesen sind, um der zunehmenden Transformation wirtschaftlicher in politische Herrschaft begegnen zu können. Obgleich das Schicksal der gewerkschaftlichen Forderungen nach Vergesellschaftung oder Mitbestimmung zeigt, wie es um die tatsächlichen Herrschaftsverhältnisse in der Bundesrepublik steht, sieht die NPD in der Arbeitnehmerschaft und den Gewerkschaften ihre hauptsächlichen politischen Gegner. Auch hier gilt, daß der organisierte Rechtsradikalismus ausspricht, „was andere nur denken; ihre verhohlenen Wünsche will er vollstrecken, ihre halben Unternehmungen zu Ende

14) „Deutsche Nachrichten" (DN), Sonderdruck IV/1966.
15) Fritz Thielen, Grundsätze unserer Politik im neuen Bundestag, Hannover 1965, S. 2.
16) Politik in unserer Zeit, Das Manifest der NPD mit Erläuterungen, Hannover 1967, S. 12.
17) Soziologische Exkurse, hrsg. v. Th. W. Adorno und W. Dirks, Frankfurt 1956, S. 64.

führen. Er tritt auf als der entschiedene, zu Taten drängende, aktivistische, aggressive Vollender dessen, was die anderen bloß wollen." [18])

Die Polemik der NPD gegen die Gewerkschaften bewegt sich zunächst auf einer rein formal-propagandistischen Ebene: mit dem Vorwurf, die gewerkschaftlichen Aktionen gegen die NPD verstießen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung, bemüht sie sich nicht nur um deren Diffamierung, sondern auch um die eigene Absolution. Für die NPD ist es schon lange erwiesen, daß die „linksextremistischen Feinde unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung ... außerhalb unserer Rechtsordnung stehen wollen und auf den Rechtsstaat pfeifen" [19]); den „verkappten Feinden unserer Freiheit" [20]), die „mit den Zonenkommunisten zusammensitzen und gegen die freiheitliche Ordnung in der Bundesrepublik gerichtete Parolen ausbrüten" [21]), dem DGB, der „jede Tarnung fallen ließ" und „offen zu Landsfriedensbruch und Störung der gesetzlichen Ordnung" [22]) aufruft, den Gewerkschaftsstellen, „die sich autokratisch über die freie Willensentscheidung ihrer Mitglieder und die freiheitlichen Grundrechte" [23]) hinwegsetzen, den DGB- und IG-Metall-Funktionären, „die wie Wölfe im Schafspelz agieren" [24]) und an deren „Verfassungsfeindlichkeit" [25]) und „verfassungsfeindliche(n) Umtriebe(n)" [26]) kein Zweifel mehr sein kann, — all jenen stellt sich die NPD als „festester Widerstandskern gegen den Linksextremismus" [27]) und „sicherste Gewähr für die Unantastbarkeit unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung" [28]) entgegen. Mit diesem Taschenspielertrick hat sie schließlich auch den „Beweis" geführt, „daß ausschließlich von linksradikaler Seite unsere freiheitlich-rechtsstaatliche Ordnung zersetzt und die demokratischen Grundrechte unseres Grundgesetzes schmählich mißachtet werden" [29]). Hat sich die NPD derart als Gralshüter der Demokratie in Szene gesetzt, kann sie Bundesinnenminister Lücke, „der nach rechts stets allergisch, nach links aber mit milder Nachsicht" [30]) zu reagieren pflege, unverhohlen dazu auffordern, die Gewerkschaften zu verbieten.[31])

In den Bereich gezielter propagandistischer Polemik sind auch die ungezählten Versuche einzuordnen, einen Keil zwischen die Arbeitnehmerschaft bzw. Gewerkschaftsmitglieder und ihre Organisation bzw. die Gewerkschaftsleitung zu treiben. So habe „sich innerhalb des DGB eine radikale Funktionärsclique breit(ge)macht, die zwar die Fühlung zur Arbeiterschaft verloren hat, aber noch immer glaubt, mit einer Minderheit die mündige Arbeitnehmerschaft beherrschen zu können".[32]) Diese „Führungsclique", die „mehr sich selbst als den Interessen jener dient, denen sie verpflichtet ist" [33]), läßt durch „politischen Terror am Arbeitsplatz" den „geknebelten Gewerkschaftsuntertan" seine „Ohnmacht gegenüber den Funktionären" [34]) spüren. Von den Problemen des Arbeiters an seinem eigenen Arbeitsplatz bemerke „ein von der Arbeit freigestellter Betriebsrat ...

18) Hofmann, a.a.O.
19) DN 21. 5. 1966, S. 1.
20) DN 29. 4. 1966, S. 1.
21) DN 21. 4. 1967, S. 6.
22) DN 15. 9. 1967, S. 1.
23) DN 24. 3. 1967, S. 1.
24) DN 15. 9. 1967, S. 1.
25) DN 27. 5. 1966, S. 1.
26) DN 7. 4. 1967, S. 1.
27) DN 26. 5. 1967, S. 1.
28) DN 7. 4. 1967, S. 1.
29) DN 7. 4. 1967, S. 1.
30) DN 26. 5. 1967, S. 1; im Jahre 1963 wurden etwa 10 050 Ermittlungsverfahren gegen links und 177 gegen rechts eingeleitet (Lutz Lehmann, Legal und opportun, Berlin 1966, S. 122 ff.)
31) DN 26. 5. 1967, S. 1.
32) DN 15. 9. 1967, S. 1.
33) DN 20. 10. 1967, S. 1.
34) DN 2. 6. 1967, S. 10.

nichts mehr" [35]). Während in den zwanziger Jahren „die SPD selbst den Terror in Versammlungen, an den Arbeitsplätzen und auf der Straße" [36]) übernahm, machen heute „die SPD-treuen Funktionäre der Gewerkschaft das schmutzige Geschäft" [37]); daß die Arbeitnehmer unter dem „Terror der SPD-Funktionärsfronde" [38]) gezwungen sind, sich „in ihren freiheitlichen Rechten einengen oder gar unter Druck nehmen zu lassen" [39]), daß man „ihnen das freie selbständige politische Denken verbieten will" [40]), ist unter solchen Umständen für die NPD eine beschlossene Sache. Ihre Frage: „Kann der westdeutsche Arbeiter mit solchen Gewerkschaftsbossen solidarisch sein", die „nur die Sprache der Arbeitermörder" [41]) kennen, bleibt da wohl rein rhetorisch. Mit der gezielten Diffamierung der Gewerkschaftsspitze als „Arbeiterverräter" und der Gewerkschaften allgemein als terroristischem Unterdrückungsinstrument der Arbeitnehmer (der DGB „hetzt ... Deutsche gegen Deutsche" [42])) versucht die NPD, eine zweifellos vorhandene Entfremdung zwischen Gewerkschafsspitze und Mitgliederschaft propagandistisch auszunutzen, um die Gewerkschaftsbewegung von ihren Grundlagen her zu schwächen und sich die Möglichkeit zu schaffen, „den arbeitenden Menschen allgemein mit den Gedanken der NPD vertraut zu machen" [43]).

Neben dieser formal-propagandistischen „Argumentation" stehen nun die inhaltlichen Vorwürfe, um die es der NPD in Wirklichkeit geht und die für das tatsächliche Verhältnis der NPD zu den Gewerkschaften wesentlich aufschlußreicher sind. Es wurde bereits erwähnt, daß die NPD als Sprachrohr des mittelständischen Schutzbedürfnisses gegen Oberklassen wie organisierte Arbeitnehmerschaft, gegen „Kapitalismus" wie „Sozialismus" antritt. Bereits heute ist deutlich, daß ähnlich wie bei der NSDAP von der ursprünglich doppelten Frontstellung nur diejenige gegen „unten", gegen die Arbeiterschaft gerichtete, übriggeblieben ist. Polemiken gegen Deutschlands Unternehmer sind rar in den nationaldemokratischen Parteitagsreden; statt dessen redet sie der weiteren Kapitalkonzentration das Wort: „Die NPD hält eine kapitalstarke Großindustrie in unserer Volkswirtschaft für unerläßlich. Die NPD wird daher alle Bestrebungen unterstützen, die auf einen Zusammenschluß der exportintensiven Unternehmen gleicher Erzeugung (z. B. Autoindustrie) gerichtet sind" [44]); und von hier ist es bis zur offenen Verherrlichung eines bundesdeutschen Neokolonialismus nicht weit — „in den unterentwickelten Heimatgebieten der Gastarbeiter (sind) deutsche Fabriken zu errichten, die als Zulieferwerke für deutsche Stammwerke in der Bundesrepublik arbeiten" [45]). Daß eben durch weitere Kapitalkonzentration die „Erhaltung und Stärkung des selbständigen Mittelstandes ... (als) Voraussetzung für die Abwehr der Vermassung und für die Bewahrung des gewachsenen Volkstums" [46]) unmöglich wird, gehört zu einem der charakteristischsten Widersprüche der programmatischen Vorstellungen der NPD. So nimmt nicht wunder, daß aus deutschen Unternehmerkreisen bisher keine grundsätzlichen Vorbehalte gegen die NPD zu hören waren. Die ideologische Frontstellung gegen die organisierte Arbeiterschaft und die Gewerkschaften — freilich nur von „Brunnenvergiftern" [47]) behauptet —

---

35) ebenda, S. 10.
36) ebenda, S. 10.
37) ebenda, S. 10.
38) ebenda, S. 10.
39) ebenda, S. 10.
40) ebenda, S. 10.
41) DN 1. 9. 1967, S. 5.
42) NPD-Flugblatt, zit. nach: Dieter Kuhr, Die nationale Faust im Nacken? Gewerkschaftliche Monatshefte 3/1967, S. 156.
43) DN 2. 6. 1967, S. 10.
44) Programm der NPD V/6, DN-Sonderdruck NPD-Kurier D/67.
45) Musterreden (Rede für eine NPD-Versammlung) G
46) Programm V/15.
47) Politik in unserer Zeit, S. 17.

weist sich inhaltlich aus in einem allzeit gängigen, allgemeinen „Kommunismusverdacht", der sich am charakteristischsten in der Parole vom „Gewerkschaftsstaat" niederschlägt.

Den „Kommunisten im DGB" [48]), den „roten Genossen mit der ehrsamen Tarnkappe des DGB" [49]), den „getarnten Kommunisten in der Führung einiger unserer Gewerkschaften" [50]), der „linksradikalen Funktionärsminderheit im DGB" [51]), den „linksradikalen Kreisen im Deutschen Gewerkschaftsbund" [52]), den „marxistisch-leninistischen Funktionären" [53]) im DGB und besonders in der IG Metall, kurz: der Mehrzahl der Funktionäre „eines Verbandes, dessen oft proklamierte Menschlichkeit auf Krücken geht", dessen „kastrierte Moral, manipulierte Humanitas (und) antihumaner Zynismus" den „stalinistischen Methoden der Menschenverachtung" [54]) gleichkommt, diesen allen geht es nach Meinung der NPD zunächst und vor allem „um die Zerstörung der Gesellschaft, es geht ihnen darin und dahinter um den echten Marxismus" [55]). Die angestrebte Zerstörung der Gesellschaft — u. a. „das Ergebnis der guten Kontaktpflege des DGB zu totalitären Systemen" [56]) — ist identisch mit dem Versuch, „die deutsche Frage . . . unter dem Vorzeichen sozialistischer Einheit zu lösen" [57]). „Gewerkschafter als Fünfte Kolonne" [58]) der SED, beide vereint in der Absicht, die Bundesrepublik in einen sozialistischen Staat umzuwandeln: mit dieser „Agententheorie" kann die NPD mit der Zustimmung breiter Bevölkerungsschichten rechnen. Unter antikommunistischem Vorzeichen mobilisiert sie nationale Haßgefühle nach außen und Minderheitenaffekte nach innen. Der bundesdeutsche Antikommunismus findet in der NPD seine letzte Stoßtruppe; gereinigt von schmückendem Beiwerk, tritt seine Bedeutung klar hervor: als Rechtfertigung bestehender innerer Macht- und Herrschaftsverhältnisse ist sein Ziel die geistige und soziale Disziplinierung aller, die an diesen Herrschaftsverhältnissen rütteln. Die eminent innenpolitische Funktion des Antikommunismus gewinnt in der NPD grobe Gestalt: die soziale Befriedung, die Überdeckung sozialer Interessengegensätze durch nationale Haßgefühle, die Verketzerung aller, die vom Pfade des Heils — der Restauration — abweichen. Auch hier gilt erneut, daß die NPD nicht nur das legitime Kind der hiesigen politischen Verhältnisse ist, sondern das Geschäft derer besorgt, die an Veränderung dieser Verhältnisse wenig interessiert sind.

Der Antikommunismus der NPD ist gleichwohl von anderer Art als der der herrschenden Oberklasse. Interessiert an der Aufrechterhaltung vorhandener Herrschaftsverhältnisse, stützt sich der Antikommunismus der gesellschaftlichen Oberklassen auf eine „konservativ"-autoritäre Grundhaltung. Indem sie an der Bewahrung und nicht — wie die NPD — am Abbau ihrer eigenen Herrschaftspositionen interessiert sind, sind sie in einem formalen Sinne „konservativ". Der Antikommunismus der NPD ist anderer Art, wodurch aber die Möglichkeit gegenseitiger Befeuerung kaum verringert wird. So läßt sich der Antikommunismus der NPD eine weitere Parole angelegen sein, die zu kolportieren nicht nur Deutschlands Unternehmerschaft nicht müde wird: nämlich die gängige Rede vom „Gewerkschaftsstaat", der die Bundesrepublik zu werden drohe. Wie für das publizistische Sprachrohr der deutschen Wirtschaft — den „Industriekurier" — die

48) DN 29. 4. 1966, S. 1.
49) ebenda, S. 1.
50) ebenda, S. 1.
51) DN 15. 9. 1967, S. 1.
52) DN 27. 5. 1967, S. 1.
53) DN 2. 6. 1967, S. 10.
54) DN 8. 12. 1967.
55) DN 11. 8. 1967, S. 9.
56) DN 10. 11. 1967, vgl. auch DN 17/66, DN v. 1. 9. und 14. 4. 1967.
57) DN 29. 4. 1966, S. 1.
58) DN-Titel zit. n. Kühnl, NPD, S. 85.

einfache Mitbestimmung bereits „die Abschaffung des Unternehmers und seine Ersetzung durch die Gewerkschaftsdiktatur" [59]) bedeutet, vertritt in den Augen der NPD der Deutsche Gewerkschaftsbund einen „verfassungswidrige(n) Anspruch auf die totale Macht im Staat und in der Gesellschaft, die keine andere Meinung mehr zuläßt und die politische Minderheit nicht mehr respektiert" [60]). Der DGB, der „ohnehin ein Staat im Staate ist" [61]), strebt unter „dem Deckmantel der Mitbestimmung ... nach diktatorischer Alleinherrschaft" [62]) und der „totalen Macht im Staat" [63]). Bereits gegenwärtig haben die Gewerkschaften für die NPD eine solche Machtstellung erreicht, daß sie feststellt: „Was bedeutet schon ein deutsches Staatsoberhaupt, wenn es um die wohlgepolsterten Sessel deutscher Gewerkschaftsführer geht" [64]).

In der fatalen Parallelität der Meinungen zeigt sich, daß der traditionelle Antikommunismus sein neues Notlager gefunden hat, um in politischen Notzeiten überwintern zu können. Dieses Notlager freilich ist primitiv und ursprünglich. Dort leistet man sich keinen Luxus, Feinheiten sind verpönt. Man hat es nicht nötig, aufgeputzt daherzukommen: man sagt, was man denkt. Und die alte Wahrheit, daß keine Politik an der Stunde ihrer Wahrheit vorbeikomme, bestätigt sich einmal mehr: je weniger der bundesweite Antikommunismus durch die Wirklichkeit der sozialistischen Staaten rechtfertigt werden kann, desto deutlicher wird sein wahres Motiv: Schutz der Restauration. Und stellt sich einer ein wie die NPD und erbietet sich, die Restauration nicht bloß zu schützen, sondern auch weiterzutreiben: wer mag da behaupten, daß solches ungelegen kommt?

V

Welche Vorstellungen nun hat die NPD dem „Kapitalismus und Bolschewismus", die für sie „nur zwei Seiten desselben Dinges" [65]) sind, entgegenzusetzen? Wodurch will sie die pluralistische Gesellschaftsverfassung ersetzen, mit der „das Ferment der Auflösung zum Staatsprinzip erhoben" [66]) worden ist und in der sie die „zur Norm erhobene Anarchie" [67]) sieht? Wenn die gegenwärtige Wirtschaftsverfassung „nur miserabler Kampf um den eigenen Futternapf" [68]) und „widerwärtiges Freistilringen" [69]) ausmacht, ohne daß „auf das Gedeihen des Ganzen" [70]) Rücksicht genommen wird? Was sind ihre Vorstellungen von „einer arteigenen deutschen Lebenshaltung" [71])?

Daß die politischen und ideologischen Vorstellungen der NPD wesentlich mit der sozialen und wirtschaftlichen Situation der ökonomischen Zwischenschichten und deren subjektiver Selbsteinschätzung zusammenhängen, wurde bereits aufgezeigt. Sie suchen eine Position „über" den Klassen und die Identifikation mit dem „Gemeinwohl", dem „Ganzen", der „Nation", um so die Absicherung des eigenen gefährdeten sozialen Status erreichen zu können. Dieses Gemeinwohl ist also nicht das Ergebnis der demokratischen Konkurrenz und Auseinandersetzung verschiedener politischer und sozialer Kräfte, sondern von vornherein als Mittel dazu gedacht, die übrigen gesellschaftlichen Gruppen daran zu hindern, ihre

59) Industriekurier vom 25. 3. 1965.
60) DN 27. 5. 1966, S. 1.
61) DN 12. 1. 1968.
62) DN 1. 12. 1967, S. 1.
63) DN 27. 5. 1966, S. 1.
64) DN 20. 10. 1967, S. 1.
65) NPD-Wahlkampfflugblatt zit. n. Kühnl, NPD, S. 107.
66) DN 23. 12. 1966.
67) DN 16. 12. 1966.
68) DN 3. 3. 1967.
69) DN 4. 8. 1967.
70) DN 3. 3. 1967.
71) DN 1. 9. 1967.

Interessen zu formulieren und zu vertreten. Die „Begrenzung der Freiheit aus der Bindung an das Ganze" [72]), die Eingliederung und Ausrichtung der Parteien, Verbände und Interessengruppen, kurz: die „Formierung der Nation" [73]) erfordert die Aufgabe des liberalen Freiheitsbegriffs: „Statt ... mehr Freiheit liberalistischer Prägung brauchen wir in Wahrheit ein ganz neues System von Ordnungen oder schlechthin eine neue Ordnung" [74]). In dieses Ordnungsgefüge haben sich die verschiedenen Interessen — und insbesondere die Gewerkschaften als Vertreter der Arbeiterschaft — einzuordnen. Die Rechte der Gewerkschaften, die eine Austragung sozialer Gegensätze garantieren, sollen eingeschränkt, die Aufgaben der Gewerkschaften anders gestellt werden: als Transmissionsriemen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Macht, als Integrations- und Unterdrückungsinstrument herrschender Interessen.

Es braucht kaum erwähnt zu werden, daß sich die NPD nach außen hin — auf Parteitagen oder in programmatischen Äußerungen — „durchaus gewerkschaftsfreundlich" [75]) gibt. In den Erläuterungen ihres „Manifests" tönt es: „Die NPD bejaht grundsätzlich Gewerkschaften und Unternehmerverbände in ihren Funktionen als Sozialpartner in unserem Wirtschaftsleben" [76]), und der sozialpolitische Ausschuß der NPD läßt die Leser der „Deutschen Nachrichten" regelmäßig von seiner „grundsätzliche(n) Bejahung des Gewerkschaftsgedankens" [77]) wissen. Nach einer Betrachtung des NPD-Programms, das auf dem 3. Bundesparteitag der NPD vom 10.—12. 11. 1967 in Hannover beschlossen wurde, bleibt von der Bejahung des Gewerkschaftsgedankens jedoch nicht mehr viel übrig. Die NPD spricht dort den Gewerkschaften folgende Aufgaben zu: [78])

a) „Die Sicherung des Arbeitsfriedens" (IX,7);

b) „Die endgültige Überwindung des Klassenkampfes und Bildung einer Leistungsgemeinschaft aller Schaffenden" (IX,8);

c) Die Überwindung der „überholten Standes- und Klassenvorstellungen des vergangenen Jahrhunderts" (IX,9);

d) „Wahrung des Erreichten durch Sicherung der Arbeitsplätze, Förderung der Berufsausbildung, Schutz der Gesundheit der Arbeitenden, Gewährung leistungsgerechter Löhne und Mehrung des Besitzstandes" (IX,10).

Um diese Aufgaben erfüllen zu können, müssen die Gewerkschaften sich „als selbstverantwortliche Sozialpartner ihrer Mitverantwortung für das Volksganze in hohem Maße bewußt sein" (IX,16); weiter müssen sie „wahrhaft überparteilich sein" (IX,11) und „dürfen keine wirtschaftliche Macht ausüben, außerhalb der Parlamente Einfluß auf die Staatspolitik nehmen oder selbst als Unternehmer tätig werden" (IX,14). Die gewerkschaftlichen Möglichkeiten zur Durchsetzung ihrer Ziele sollen scharf begrenzt werden: „Die Tarifautonomie (findet) dort ihre Grenze, wo auf Kosten des Ganzen und ohne Rücksicht auf das allgemeine Wohl verfahren wird" (IX,17). Während die NPD in ihrem „Manifest" noch „im Falle drohender äußerer Gefahr und aus lebenswichtigen Gründen das Recht auf Streik" [79]) außer Kraft setzen wollte, wendet sie sich in ihrem Programm „nur" noch gegen den politischen Streik.

---

72) DN 10. 11. 1967.
73) DN 17. 3. 1967.
74) DN 27. 5. 1966.
75) So Wilhelm Gutmann am 7. 6. 1966 in Waiblingen, zit. nach Waiblinger Kreiszeitung vom 10. Juni 1966.
76) Politik in unserer Zeit, S. 17.
77) DN 3. 3. 1967.
78) Vgl. zum folgenden: Programm der NPD, NPD-Kurier D/67.
79) Politik in unserer Zeit, S. 17.

Bereits diese offiziellen Äußerungen und programmatischen Formeln können ihre Herkunft nicht verleugnen. Da die Ähnlichkeit zwischen NSDAP und NPD bis in die Wortwahl hineinreicht, muß sich die NPD einen solchen Vergleich gefallen lassen. Welche Funktionen sollten die Gewerkschaften — theoretisch — nach den Vorstellungen der NSDAP ausüben?

In „Mein Kampf" akzeptierte Hitler zwar die Gewerkschaft „als Mittel zur Verteidigung allgemeiner sozialer Rechte des Arbeitnehmers und zur Erkämpfung besserer Lebensbedingungen desselben im einzelnen" [80]), wendet sich aber gegen die Gewerkschaft „als Instrument der Partei des politischen Klassenkampfes" [81]). Die NPD formuliert: „Die Gewerkschaft darf aber nie zum Instrument des Klassenkampfes einer Partei werden" [82]), während „deren sozialpolitischen Auftrag niemand bestreitet" [83]). Hitler lehnte jedoch nicht nur die politisch-klassenkämpferische Form der Gewerkschaft ab, sondern schränkte die Legitimation der Gewerkschaft als sozialer Selbsthilfeorganisation auf einen bezeichnenden Aspekt ein: „Ihre Bedeutung liegt aber nicht nur auf sozialpolitischem Gebiet, sondern noch viel mehr auf einem allgemeinen national-politischen" [84]). Die Gewerkschaften sind für Hitler Mittel zur Stärkung der „gesamten Widerstandskraft" der Nation „im Daseinskampf" [85]). In einem programmatischen Artikel formuliert die NPD Juni 1967 wie folgt: „Wenn nämlich die Gewerkschaftsbewegung das Ziel hat, eine Besserstellung der arbeitenden Menschen eines Volkes in seiner Gesellschaft zu erreichen, so ist diese Tätigkeit in Wahrheit ‚national'. Diese Tätigkeit hilft dann doch mit, ... alle Teile eines Volkes für die Fragen der nationalen Existenz zu interessieren" [86]). Die Meinung der NPD, daß der Nationalismus „die leidenschaftliche und ‚totale' Hingabe des ganzen Menschen" [87]) erfordere und „die Anspannung aller Kräfte" notwendig sei, „um den Willen zur Selbstbestimmung der deutschen Nation zu wecken" [88]), fügt sich hier bruchlos ein.

Die realpolitische Aufgabe, die Hitler den Gewerkschaften zuordnete, ist nicht der Klassenkampf, sondern die berufsständische Vertretung und die „vertrauensvolle" Zusammenarbeit mit den Unternehmern als „Beauftragte und Sachwalter der gesamten Volksgemeinschaft" [89]), solange es Unternehmer gibt, „die von sich aus ... kein Gefühl für soziale Pflichten" [90]) besitzen.

Die Vorstellungen der NPD liegen genau auf der gleichen Ebene: als ein Mittel, sozialpolitische Mißstände auszugleichen, „dienen sie dem Volksganzen" [91]) und haben „die Überwindung des Klassenkampfes und die Eingliederung des Arbeiters ... in die Gesellschaft" [92]) zu besorgen. Daß die NPD in der Tat das Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell des Dritten Reiches im Auge hat, wenn sie vom „Arbeitsfrieden" und der „Überwindung des Klassenkampfes" redet, spricht sie offen aus: der Nationalsozialismus habe „den Klassenkampf überwunden" und durch einen „Wohlstand und Berufsstolz schaffenden Arbeitsfrieden abgelöst" [93]), und eben deshalb ist er der NPD so lobenswert: „Die Arbeitsfront wollte schon

---

80) Adolf Hitler, Mein Kampf, München 1934, Bd. I, S. 48.
81) ebenda, S. 49.
82) DN 2. 6. 1967, S. 10.
83) Politik in unserer Zeit, S. 15.
84) A. Hitler, Mein Kampf, Bd. II, S. 672.
85) ebenda, S. 672.
86) DN 2. 6. 1967, S. 10.
87) DN Nr. 44/1966.
88) Politik in unserer Zeit, S. 9.
89) Hitler, Mein Kampf, Bd. II, S. 676.
90) ebenda, S. 671.
91) Politik in unserer Zeit, S. 16.
92) Politik in unserer Zeit, S. 15.
93) Politisches Lexikon der NPD, Stichwort „Nationalsozialismus".

das Richtige" [94]). „Deutschland hatte 1936 die kommunistische Gefahr innenpolitisch überwunden" [95]) und „die Gewerkschaften ... im Kampf gegen das marxistische Klassendenken aufgelöst" [96]).

Der erste Schritt der nationaldemokratischen „Neu"fassung des „Gewerkschaftsgedankens" ist die Einschränkung der Tarifhoheit: „Die Tarifhoheit der Sozialpartner findet dort ihre Grenze, wo auf Kosten des Ganzen und ohne Rücksicht auf das Ganze verfahren wird ... Sogenannte Einigungen auf dem Rücken des gesamten Volkes sind schädlich" [97]); für die „DN" bedeutet das ganze System der Tarifautonomie, „daß die Demokratie doch offenbar vom grünen Holze her zerstört wird" [98]). Da es offensichtlich „keine Rangordnung der Werte, welche die Lohnskala im Gefüge halten könnte" [99]), noch „Verständnis" und „Ruhe" [100]) von seiten der Gewerkschaften gibt, wird man wohl zu Zwangsmaßnahmen greifen müssen.

Der Streik — ohnehin ein Beweis dafür, „daß der internationale Klassenkampf in der Bundesrepublik mehr Schutz genießt als die Grundrechte der Bundesbürger" [101]) — soll „im Falle drohender Gefahr und aus lebenswichtigen Gründen" von der Regierung ausgesetzt werden können. „Streik und Aussperrung aus politischen Gründen" lehnt die NPD ab, obgleich jeder Streik politische Elemente enthält [102]) und obgleich er oft das letzte Mittel ist, die Vernichtung der Demokratie zu verhindern. Es sei hier nur an den Generalstreik gegen den Kapp-Putsch oder an den politischen Streik für die Verabschiedung des Republikschutzgesetzes erinnert.

Um eine „echte Einigungsbereitschaft der Sozialpartner" [103]) zu erreichen, soll nicht etwa die Wirtschaft durch Beteiligung der Arbeiter an der inner- und überbetrieblichen Willensbildung in Richtung auf Demokratisierung verändert werden. Die überbetriebliche Mitbestimmung ist für die NPD keiner Diskussion wert, die innerbetriebliche Mitbestimmung läßt das Politische Lexikon der NPD sogleich Ulbricht und Zusammenbruch assoziieren: „Man wehrt sich dagegen, betriebsfremde Gewerkschaftsfunktionäre in Fragen der Betriebsleitung hineinreden zu lassen, wie das bei den kollektivierten Unternehmen in kommunistisch regierten Ländern vielfach zum Ruin der Betriebe geführt ... hat." [104]) Ziel der NPD ist es zunächst, den gewerkschaftlichen Einfluß in den Betrieben einzudämmen, um dann ungestört die eigenen Ziele verfolgen zu können und die Solidarität der Arbeiter untereinander zu zerstören: „Die Ausübung der Mitbestimmung hat nicht durch betriebsfremde Funktionäre ... zu erfolgen." [105])

Ein zweiter Schritt ist ihre Unterstützung des Gesetzes zur Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes, das am 2. November 1967 von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eingebracht wurde; dessen Ziel ist, dem „Christlichen Gewerkschaftsbund (CGB) einen weit größeren Spielraum und eine verstärkte Existenzgrundlage" [106]) zu geben, indem sogenannte Minderheitengruppen im Betriebsrat bei Freistellung und Besetzung der Ausschüsse berücksichtigt werden. Die offensicht-

---

94) NPD-MdL Peter im „Stern" 51/1966.
95) DN 9. 12. 1966.
96) Politisches Lexikon der NPD, Stichwort „Gewerkschaften".
97) Politik in unserer Zeit, S. 17.
98) DN-Sonderdruck IV/1966, S. 6.
99) DN 4. 11. 1966, S. 4.
100) DN 27. 10. 1967.
101) DN 24. 11. 1967.
102) Vgl. W. Abendroth u. L. Sch. v. Carolsfeld, Die Berechtigung gewerkschaftlicher Demonstrationen für die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Wirtschaft. Zwei Rechtsgutachten, Düsseldorf 1953.
103) DN 9. 12. 1966, S. 10.
104) Politisches Lexikon der NPD, Stichwort „Mitbestimmung".
105) Programm der NPD, IX, 5.
106) Gesellschaftspolitische Kommentare v. 1. 4. 1967.

liche Absicht der Christdemokraten, die Stellung des DGB zu schwächen und die Gewerkschaftsfront gegenüber den Arbeitgebern zu spalten, findet in der NPD begeisterte Zustimmung: „Was not tut, ist eine Organisation, die kompromißlos dem Monopolanspruch der DGB-Gewerkschaften Paroli bietet. Ein erster Schritt hierzu wäre, den Unternehmen und Unternehmerverbänden klarzumachen, daß nicht nur die DGB-Gewerkschaften Verhandlungspartner sind." [107]) Zugleich erstrebt die NPD eine Umwandlung der Zielsetzung des CGB „zu einer Auffassung, ... in der sich deutsches soziales Empfinden mit den Forderungen einer wahrhaft deutschen Wirtschaftspolitik paaren".[108]) Der Versuch des DGB, durch Änderungsvorschläge einen Ausbau der qualifizierten Mitbestimmung zu erreichen, wird nach bewährter Methode denunziert: „Ein Betriebsverfassungsrecht nach diesem Modell wäre von kommunistischen oder syndikalistischen Systemen kaum noch zu unterscheiden" [109]).

Hat man erst den gewerkschaftlichen Einfluß in den Betrieben gebrochen, kann man ungestört an die Entmündigung der Arbeiter gehen. Das nationaldemokratische Ideal von den innerbetrieblichen Verhältnissen orientiert sich wieder streng an dem nationalsozialistischen Vorbild. Im AOG, dem „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" vom 20. Januar 1934, das von nationalsozialistischen Kommentatoren als „Grundsteinlegung für den Neubau der gesamten nationalen Arbeitsordnung" [110]) gefeiert wurde, sind die nationaldemokratischen Vorstellungen zum Teil wörtlich vorweggenommen. Die „Betriebsgemeinschaft", gebildet aus dem „Führer des Betriebs" und der „Gefolgschaft", ist die phraseologische Übertünchung der Ausrichtung und Entmündigung der Arbeitnehmerschaft zugunsten des Unternehmers: „Im Betriebe arbeiten der Unternehmer als Führer des Betriebes, die Angestellten und Arbeiter als Gefolgschaft gemeinsam ... Der Führer des Betriebes entscheidet der Gefolgschaft gegenüber in allen betrieblichen Angelegenheiten ... Er hat für das Wohl der Gefolgschaft zu sorgen. Diese hat ihm die in der Betriebsgemeinschaft begründete Treue zu halten" (§§ 1, 2 AOG). Die NPD fordert die „Schaffung echter Betriebsgemeinschaften" als wesentliches Element „einer gesunden Volksordnung" [111]), und da der Arbeiter mit „sicherem Blick" erkenne, „daß eine Führung sein muß, die ihm die schwersten Entscheidungen abnimmt, und daß eine feste Hand auch eine erfolgreiche ist" [112]), wird er sich dem Willen des Unternehmers beugen. Ein „gewachsenes Treueverhältnis" [113]), das der „beispielgebende(n) Treue- und Fürsorgepflicht" [114]) des Unternehmers entspringt, soll den Arbeitsvertrag als Grundlage der gegenseitigen Pflichten und Rechte ersetzen. Das Wertesystem, nach dem sich dann der Arbeitende zu richten hat, ist für den „Klassenkampf von oben" geradezu ideal: „Gehorsam, Einordnung, Dienen" [115]), die „Tugenden der Dienstbereitschaft, der Kameradschaft und des Opfersinns" [116]), „Ordnung, Ehrfurcht, Disziplin" [117]) und „Pflicht und Ehre, Anstand und Tapferkeit" [118]); die Freiheit des Betriebsangehörigen besteht einzig und allein in dem „selbstmächtige(n) Entschluß zur Pflicht" [119]) — zur Pflicht dem Unternehmer gegenüber.

---

107) DN 22. 9. 1967.
108) DN 22. 9. 1967.
109) DN 8. 12. 1967.
110) Hans-Gerd Schumann, Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung, Hannover u. Frankfurt 1958, S. 118.
111) DN 29. 4. 1966.
112) Emil Maier-Dorn, Vom Wesen der Politik, S. 7/8.
113) DN 29. 4. 1966.
114) Programm der NPD, IX, 15.
115) DN 11. 8. 1967.
116) DN 14/1966.
117) DN 18/1965.
118) DN 24/1965.
119) Werner Hofmann, a.a.O., S. 3.

Aus alledem läßt sich die Rolle, die nach den Vorstellungen der NPD von den Gewerkschaften zu spielen wäre, recht eindeutig festlegen:

a) Abgelehnt wird die klassische Aufgabe der Gewerkschaften, um die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu kämpfen mit dem Ziel, über diese hinauszugelangen.

b) Entsprechend werden die gewerkschaftlichen Rechte (Tarifhoheit) und Kampfmittel (Streik), die für diese Aufgabe eingesetzt werden, abgelehnt.

c) Die „neuen" Funktionen der Gewerkschaften wären vielmehr: 1) Beseitigung sozialer Mißstände, um Unruhen unter der Arbeitnehmerschaft zu vermeiden. 2) Sicherung des Arbeitsfriedens und der unternehmerischen Profite. 3) Indem sie weiterhin äußerlich als Vertretung der Arbeitnehmerinteressen bestehen bleiben, dienen sie der Verschleierung bestehender Abhängigkeits- und Herrschaftsverhältnisse und zugleich als Garant für die reibungslose Durchsetzung herrschender Interessen. 4) Schließlich dienen sie als Mittel zur politischen Gleichschaltung der Arbeiterschaft.

VI

Es ist an der Zeit, den „organisierten Rechtsextremismus nicht als ein unterschobenes, sondern vielmehr als ein legitimes Kind der Verhältnisse" [120]) in der Bundesrepublik zu begreifen und den Blick auf diese Verhältnisse selbst zu richten. Wenn sich die verbale, ohnmächtige Kritik an der Restauration in politische Aktion gegen die Restauration umzusetzen beginnt und die Restauration in eine Krise gerät, schafft sie sich eine Stoßtruppe, die dreierlei besorgen soll: das Alibi des erhobenen Zeigefingers, der den Blick von der eigenen rechten Politik auf die Neofaschisten lenken soll; die vorgeschobene Einheit als Instrument, die unbesorgt um rechtsstaatliche und demokratische Grundsätze die Linke schlägt, wo sie diese antrifft; und schließlich als drittes die Gewöhnung an Methoden, die seit 1945 zwar nicht aus dem Gespräch, aber doch aus dem Verkehr gezogen waren und die nun — wieder hoffähig geworden — außer den direkten Opfern niemanden betroffen machen oder gar treffen. Die 80 000 Berliner, die sich Mitte Februar zur politischen Massakrierung Andersdenkender „für Frieden und Freiheit" aufmachten, demonstrierten überzeugend, wie gut die Chancen für eine bundesweite Einübung in jene Methoden stehen.

Die NPD soll bewerkstelligen, was der Restauration anscheinend nicht so recht gelingen will: sie soll den Kreis um Gewerkschaften und Teile der Intelligenz, der in den letzten beiden Jahren brüchig wurde, wieder schließen. Oder um es ganz unschön auszudrücken: sie soll denen, die immer noch gegen die Restauration anreden, endgültig den Mund stopfen. Im Notfall dadurch, daß man ihnen die Zähne einschlägt.

Der Prozeß der Einengung des gewerkschaftlichen Spielraums, der nun durch die NPD zu einem endgültigen Ende gebracht werden soll, geht von der Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes gegen den Willen der Gewerkschaften über die Begrenzung des Streikrechts auf den sozialadäquaten Streik und Untersagung des politischen Streiks, der Einengung des Demonstrationsstreiks durch die Drohung mit dem zivilrechtlichen Schadenersatz und der Aushöhlung der Mitbestimmung bis zur Unterordnung der Gewerkschaften in das Korsett der Konzertierten Aktion und dem offenen Angriff auf die übriggebliebenen Rechte über die Notstandsgesetze. Gerade die illegale Vorwegnahme von Notstandsmaßnahmen ist

---

120) Kadritzke/Nevermann: Zum Nürnberger Parteitag der SPD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/1968, S. 145.

das deutlichste Anzeichen, für wie schwach die Gewerkschaften von ihren Gegenspielern eingeschätzt werden. Immer mehr auf sich selbst und ihre eigenen politischen Möglichkeiten zurückgeworfen, sehen sie sich einer vierfachen Front gegenüber: der Unternehmerseite, der CDU/CSU, der NPD und schließlich einer SPD, die in Fragen der Mitbestimmung oder Vermögensverteilung bereits „weit hinter die entsprechenden Leitsätze des Godesberger Programms" zurückgefallen ist. Eine weitere Gefahr zeichnet sich — zumindest theoretisch — bereits heute ab: sollte sich die NPD quantitativ wie qualitativ ausreichend etabliert haben, ist die Einrichtung eines „linken" Flügels in der Partei, der antikapitalistische Strömungen auffangen soll, durchaus denkbar, wenngleich heute dazu noch keine realen Ansätze erkennbar sind. Nur der Übergang von politischer Deklamation zum politischen Handeln und die stete Bereitschaft, politische Anregungen und Impulse aus dem Kreise der sich formierenden außerparlamentarischen Opposition aufzunehmen, können es den Gewerkschaften ermöglichen, sich dem Vormarsch der Restauration mit einigen Erfolgsaussichten entgegenzustellen. Wer glaubt, mit „klassischem Faschismus" sei heute keine Politik mehr zu machen, verkennt nicht nur, daß dieser bereits allenthalben Politik macht und es sehr wohl versteht, sich den veränderten Bedingungen anzupasen, er verkennt auch, daß die feinen Methoden der Wahrung herrschender Interessen einen harten Kern haben. Sobald das Anreden gegen jene zum politischen Handeln drängt, soll den Redenden der Mund gestopft werden. Im Notfall dadurch, daß man ihnen die Zähne einschlägt, damit sie nicht mehr zum Handeln aufrufen können.

Karl D. Bredthauer

Computer und Angestellte

Ergebnisse und Kritik der 3. internationalen Automationskonferenz der IG Metall vom 3.—8. März 1968 in Oberhausen

I

Die wirtschaftliche Rezession des vergangenen Jahres hat über ein Thema besonders drastischen Aufschluß gegeben, das bis dato in der Bundesrepublik vorzüglich Gegenstand rein spekulativer Diskussion geblieben war: über soziale Gefahren der technischen Revolution und — in engem Zusammenhang damit — über die Möglichkeit, ja Denkbarkeit von Arbeitslosigkeit in unserer Gesellschaft. „1967 zeigte die unerwartete Rezession, daß Arbeitslosigkeit noch möglich ist und daß wir auf eine derartige Situation völlig unvorbereitet waren" — dies die einleitende Feststellung von Dr. Günter Friedrichs, dem Automationsexperten der IG Metall, auf der Tagung in Oberhausen. Den Zusammenhang zwischen